

Carina Book / Nikolai Huke /
Norma Tiedemann / Olaf Tietje (Hrsg.)

Autoritärer Populismus

im Auftrag der
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Carina Book, Nikolai Huke, Norma Tiedemann & Olaf Tietje

Konservative Mobilmachung

Liberales Demokratie als fragile Herrschaftsordnung und der Aufstieg des autoritären Populismus

Liberales Demokratien, die Rechtsstaatlichkeit, Freiheitsrechte und repräsentativ-demokratische Institutionen mit Privateigentum und kapitalistischer Ökonomie kombinieren (vgl. Brown 2003), sind durch instabile und meist hart erkämpfte Kompromisse geprägt, die gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse eher spiegeln als durchbrechen: Arbeitnehmer*innen erhalten Schutzrechte und eine gewisse soziale Absicherung, während private Kapitalakkumulation, alltägliche Prekarität und hierarchische Arbeitsverhältnisse unangetastet bleiben; Frauen gelten formal als gleichberechtigt, während patriarchale Verhältnisse im Alltag fortbestehen; Antidiskriminierung ist als Norm etabliert, Rassismus und Homophobie erfahren jedoch weiterhin eine hohe gesellschaftliche Zustimmung; es gelten Umweltschutzstandards, ohne dass das Wirtschaftssystem grundlegend in Frage gestellt wird; Geflüchtete, die es über die Grenze geschafft haben, können Asyl beantragen, während globale soziale Ungleichheit durch ein mörderisches Grenz- und Migrationsregime abgesichert wird. Die relative Stabilität liberaler Demokratien setzt voraus, dass Rechtsstaatlichkeit und das Gewaltmonopol des Staats – nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb des staatlichen Ensembles bürokratischer Praktiken und Apparaturen – anerkannt werden. Darüber hinaus erfordern sie, dass gesellschaftliche Konflikte – zumindest für jene gesellschaftlichen Teilbereiche, die in den beschränkten Geltungsbereich liberaler Demokratie fallen – in deliberativen Verfahren und innerhalb der Spielregeln der liberalen Demokratie verhandelt werden. Liberales Demokratie ist dabei notwendigerweise eine fragile Herrschaftsordnung: Da sie prinzipiell zukunfts offen sein und Transformationen ihrer Institutionen ermöglichen muss, kann sie ihre eigene Stabilität, die es „ihren Bürger(inne)n garantiert, uneins sein zu dürfen, die

den Konflikt reglementiert und auf Dauer stellt“ (Salzborn 2015: 54) nur begrenzt absichern. Demokratie muss immer wieder aktiv bestätigt und hergestellt werden.

Da nur ein Bruchteil der alltäglichen Praktiken mit den demokratischen Aushandlungsprozessen der liberalen Demokratie verknüpft ist und autoritär verformte Handlungsroutinen im Alltag fortbestehen, existiert stets die Gefahr, dass alltägliche Ungleichheit nicht nur die formale Gleichheit und den deliberativen Anspruch unterhöhlt, sondern auch zum Ausgangspunkt einer Infragestellung der instabilen Kompromisse wird, die die liberale Demokratie charakterisieren. Autoritärer Populismus, der derzeit in variierenden Ausprägungen weltweit die politische Agenda prägt (z.B. Recep Tayyip Erdoğan, Jair Bolsonaro, Donald Trump oder Viktor Orbán), kann als entsprechende Infragestellung interpretiert werden. Wie die in diesem Band versammelten Artikel illustrieren, werden dabei in erster Linie progressive Effekte liberaler Demokratie in Frage gestellt, seien es Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung, Umweltschutz oder das Recht auf Asyl. Die repressiven Elemente der Kompromisse in liberalen Demokratien – Sicherung privater Kapitalakkumulation, weitgehende Ignoranz gegenüber rassistischer Gewalt und patriarchale Normen (z.B. in Bezug auf die Rolle von Frauen oder die Ächtung sexueller Diversität), Verteidigung globaler sozialer Ungleichheit oder des Rechts auf Umweltzerstörung – werden hingegen auszuweiten versucht.

Der Begriff des Populismus gilt als „ungenau, schillernd und impressionistisch“ (Puhle 1986: 12). Seine begriffliche Unschärfe liegt auch darin, dass er alltagssprachlich vor allem zur Denunziation politischer Gegner weit verbreitet, jedoch eher diffus bestimmt ist (vgl. Decker 2016: 4; Katsambekis/Stavrakakis 2013). Wissenschaftlich wird er genutzt, um weit gefächerte politische Entwicklungen (z.B. neofaschistische ebenso wie radikaldemokratische Parteien) zu fassen, die politisch wenig miteinander gemein haben und sich unter anderem in ihrem Volksbegriff radikal unterscheiden (vgl. Huber/Schimpf 2017: 146; Katsambekis/Stavrakakis 2013; Norris/Inglehart 2019: 11). Mit Laclau lässt sich Populismus als Modus der politischen Artikulation bestimmen, der auf Krisen der politischen Repräsentation verweist (vgl. Laclau 2005). Populistisch genannte Bewegungen und Strömungen, definiert Puhle vor diesem Hintergrund, „appellieren an das ‘Volk’ im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die ‘einfachen Leute’ [...]. Sie sind [...] antielitär,

gegen das sogenannte Establishment“ (Puhle 1986: 13). Sie stellen eine (vermeintliche) ‘stille Mehrheit’ ‘vergessener Menschen’ in den Mittelpunkt ihres politischen Diskurses (vgl. Ivaldi 2019: 29). Das Feindbild ist dabei „in der Regel sehr konkret – wenn auch nach den Umständen wechselnd“ (Puhle 1986: 13). Der Volkswille ist stets eine Konstruktion, der das Volk, das er auszudrücken vorgibt, erst diskursiv hervorbringt (vgl. Laclau 2005: 48). Populismus bezeichnet mit Dubiel „also das Phänomen, daß ‘das Volk’, das es eigentlich nur als legitimierendes ‘Ding an sich’ für die Konstruktion einer politischen Gesamtordnung gibt, aus dem Hintergrund hervortritt, sich von einem Phantom zu einem empirischen Gespenst vergegenständlicht“ (Dubiel 1986a: 35). Populismus steht, indem er den Volkswillen außerhalb der Institutionen verortet und damit auf Legitimitäts- und Repräsentationskrisen verweist, in einem Spannungsverhältnis zu liberaler Demokratie und kann auf diese sowohl demokratisierend wirken, als auch destabilisierend (vgl. Enyedi 2016: 9; Sauer et al. 2018: 19; Skolkay 2000: 2; Wodak 2015: 32; Ylä-Anttila 2017: 21).

Autoritärer Populismus – auch als Rechtspopulismus (Wodak 2015), völkisch-autoritärer Populismus (Häusler 2018: 9) oder rechtsradikaler Populismus (u.a. Mudde 2015: 296) bezeichnet – ist in diesem Sinne keine eigenständige politische Ideologie, sondern gehört zu einer Konstellation rechter, neofaschistischer, neonazistischer oder autoritär-konservativer Kräfte, Strategien und Weltbilder. Der Begriff kennzeichnet damit neben dem Modus der Artikulation auch spezifische politische Inhalte und Ideologieelemente (vgl. Wodak 2015).

Autoritären Populismus begreifen wir als konservative Mobilisierung gegen liberale Demokratie, die die zugrundeliegende Kompromiss- und Verständigungsorientierung aufkündigt. Im Zentrum steht eine dichotome Freund-Feind-Konstruktion von Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv und bedrohlichen ‘Anderen’ (z.B. Flüchtlinge, Migrant*innen, Sinti und Roma, Jüd*innen und Juden) (vgl. Norocel 2016: 373f.; Norris/Inglehart 2019: 73; Häusler 2018: 15; Salmela/Scheve 2017: 573; Sauer et al. 2018: 22; Wodak 2015: 23; Ylä-Anttila 2017: 10; Sadurski 2018: 57; Nilsson/Lundgren 2019: 316; Pajnik/Sauer 2018: 2). Auch diejenigen, deren politische Position nicht mit dem vermeintlichen Volkswillen übereinstimmt, werden als außerhalb des Volkes stehend gekennzeichnet (vgl. Salzborn 2017: 27; Bugaric/Kuhelj 2018: 26). Gesellschaftliche

Spaltungslinien und Ausgrenzungsdynamiken werden dadurch akzentuiert (vgl. Salzborn 2017: 11). Rasche Erfolge autoritär-populistischer Mobilmachungen auf dem Terrain des Staats machen dabei sichtbar, dass der Staat als Ensemble bürokratischer Praktiken und Apparaturen nur durch ein fragiles Band mit Rechtsstaatlichkeit und liberaler Demokratie verbunden ist. Autoritäre Momente waren hier stets in ausgeprägter Form vorhanden (z.B. Polizei, Militär). Der autoritäre Zyklus verweist damit auf die Flüchtigkeit von Demokratisierungserfolgen, sozialer Inklusion und der rechtsstaatlichen Einhegung von Staatsapparaten.

Grenzen der liberalen Demokratie ermöglichen den Aufstieg des autoritären Populismus

Die Mobilmachung geht in der Regel von ideologisch gefestigten autoritären Konservativen aus – etwa jenen, die einen repressiven Staat unterstützen (z.B. ehemaligen Militärs, Teilen der Innenministerien oder Sicherheitsapparate), Wutbürgern, Unternehmern, Maskulinisten und Antifeministen, Neo-Nazis, jenen, die Verschwörungsideologien oder sozialdarwinistischen Vorstellungswelten anhängen, die sich für einen religiösen Fundamentalismus in die Bresche werfen, die sich in Burschenschaften organisieren, einen reflexhaften Antikommunismus vertreten oder die menschengemachte Klimakatastrophe leugnen. Autoritärer Populismus mobilisiert nationalistische, ethnozentrische, chauvinistische, rassistische und autoritäre Einstellungsmuster (vgl. Dubiel 1986a: 49f.; Inglehart/Norris 2016: 6f.; Kaltwasser/Taggart 2016: 206; Mudde 2013: 3; Mudde 2015: 296; Norris/Inglehart 2019: 7; Vasilopoulos/Lachat 2018: 618). Er versucht dabei über seine vermeintlich demokratische populistische Rhetorik zu vermeiden, als extremistisch oder rassistisch eingeordnet oder mit historischen faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen in Verbindung gebracht zu werden (vgl. Jylhä et al. 2019: 3; Sauer et al. 2018: 20; Norris/Inglehart 2019: 6; Wodak 2015: 61). Die Akteure des autoritären Populismus, zeigt Alex Demirović in seinem Beitrag in diesem Band, weisen in vielen Fällen jedoch sehr wohl historische Kontinuitäten zu Nationalsozialismus, Faschismus oder Militärdiktaturen auf, deren „objektive Gedankenformen“ und „politische [...] Formen“, aber auch politische Gruppen, informelle Netzwerke des Führungs-

personals oder zivilgesellschaftliche Zusammenhänge auch nach dem Ende der Regime in veränderter Form fortbestehen.

Der autoritär-populistischen Mobilmachung gelingt es auch, einen Teil der „desorganisierte[n] Unzufriedenheit der populären Klassen“ (Hall 2014: 107) in ihr politisches Projekt einzubinden. Eine zentrale Bedingung, die den Aufstieg des autoritären Populismus ermöglicht, sind damit Grenzen liberaler Demokratie, die Ohnmachtserfahrungen zur Folge haben. Da Verfahrensweisen liberaler Demokratie nur einen Teil der gesellschaftlich vorhandenen Erfahrungen aufgreifen und prozessieren, grundlegende Macht- und Herrschaftsverhältnisse jedoch unangetastet lassen, entkoppeln sie sich teilweise von alltäglichen Lebenswelten. In besonderem Maße wurde dies infolge der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren sichtbar: In Anbetracht der strukturellen Macht des globalisierten Kapitals gelang es Regierungen zunehmend weniger, Anforderungen aus der Bevölkerung in Bezug auf soziale Sicherung aufzugreifen. Wie Betül Yazar in ihrem Beitrag für das Beispiel der Türkei zeigt, exkludierte liberale Demokratie im Zuge der Durchsetzung eines autoritär-neoliberalen Kapitalismus breite Schichten der Bevölkerung von sozio-ökonomischer und politischer Partizipation, während alltägliche Lebensbedingungen prekariert wurden.

Das Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen des globalen Kapitals und demokratischen Entscheidungsverfahren unter Berücksichtigung subalternen Interesses wurde zunehmend – wenn auch nicht vollständig – zugunsten des ersteren aufgelöst. Auch wenn Bevölkerungen weltweit in unterschiedlichem Ausmaß von dieser Entwicklung betroffen sind, lässt sich ein Trend dahingehend identifizieren, dass sich wachsende Teile nicht mehr adäquat repräsentiert fühlen und zunehmend überzeugt sind, durch die Wahl einer Partei keine im Alltag spürbaren Veränderungen erreichen zu können: Unabhängig davon, wer gewählt wird, so scheint es, ist das Ergebnis neoliberale Politik. Politische Apathie und Ohnmacht nahmen zu. Ein Beispiel hierfür ist die von Carolina Alves Vestena und Anne Engelhardt in diesem Band beschriebene Entwicklung des neo-extraktivistischen, in seinen Grundtendenzen neoliberalen Projektes der Arbeiterpartei (PT)-Regierungen in Brasilien, die zu einer größer werdenden Unzufriedenheit der Bevölkerung und der sozialen Bewegungen führte. Die Unzufriedenheit wuchs, als die Folgen der globalen Rezession im Land spürbar wurden und Kürzungen etwa im sozialen Sektor zu sich verschlechternden Arbeits- und

Lebensbedingungen führten. Gegen die in Korruptionsskandale verstrickten sozialdemokratischen Kräfte konnte der sich als Anti-Establishment-Protagonist gerierende langjährige Abgeordnete des Bundestages Jair Bolsonaro mit einem religiös-fundamentalistischen und autoritären Weltbild erfolgreich zur Alternative gegen das bestehende System stilisieren.

Autoritärer Populismus wendet sich gegen Aufklärung und demokratische Kompromisse

Autoritärer Populismus setzt eine durch Hassrede, Grenzüberschreitungen und diskriminierende Aussagen gekennzeichnete „Politik der Angst“ (Wodak 2015) an die Stelle einer aufgeklärten und pluralen demokratischen Deliberation (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2017: 32; Butler/Hark 02.08.2017; Dubiel 1986b: 9; Glorius et al. 2018: 122; Sadurski 2018: 7; Salzborn 2017: 27). Moralpaniken, in denen Minderheiten als deviant und Gefahr für die moralische Ordnung der Gesellschaft porträtiert werden, sind ein konstitutives Element autoritär-populistischer Politik (vgl. Bauman 2018: 1; Cohen 1980: 9; Fitzgerald/Smoczynski 2015: 383; Hall 1986: 93; Hall et al. 2002: 323; McRobbie/Thornton 1995: 563; Perthus/Belina 2017: 243). Wahrheit wird als unmittelbar aus dem – unter anderem auf gefühlten Fakten, Vorurteilen und Halbwahrheiten basierenden – Alltagsbewusstsein über einen ‘gesunden Menschenverstand’ ermittelbar und nicht falsifizierbar angesehen. Mediale und wissenschaftliche Aushandlungsprozesse von Positionen gelten als weitgehend unnötig und illegitim (vgl. Gramsci 1986: 54; Hall et al. 2002: 150; Huke 2018; Norris/Inglehart 2019: 67; Salzborn 2017: 119; Sauer et al. 2018: 26). Wie Helmut Dubiel erklärt, stützt sich die politische Mobilisierung auf „Ressentiments, Vorurteilsstrukturen und Angsteffekte“ (Dubiel 1986a: 42). Der Effekt, so Dubiel weiter, ist eine umgekehrte Psychoanalyse:

„Der rechtspopulistische Agitator nähert sich seinem Publikum mit genau der gegenteiligen Intention, mit der der Analytiker auf den Analysanden zugeht. Die neurotischen Ängste, die kognitiven Verunsicherungen und Regressionsneigungen werden aufgegriffen und mit dem Zweck systematisch verstärkt, den Patienten nicht mündig werden zu lassen“ (Dubiel 1986a: 42).

Legitimiert wird diese Form der Politik über die antidemokratische Behauptung eines homogenen Volkswillens, der von den jeweiligen

Führungsfiguren verkörpert wird. Dies suggeriert eine Identität von Regierenden und Regierten (vgl. Bettarini et al. 2013: 164f.; Demirović 2018: 36; Dörre 2018: 47). Gesellschaftliche Konflikte und Interessensgegensätze werden dadurch unsichtbar gemacht und desartikuliert (vgl. Bettarini et al. 2013: 164f.; Salzborn 2017: 27; Herkman 2017: 472f.; Sauer et al. 2018: 24).

Autoritär-populistische Akteur*innen setzen auf direkte Kommunikation zwischen Staatsspitze beziehungsweise politischem Führungspersonal und Volk (z.B. WhatsApp, Twitter, Facebook, eigene Fernsehsender). Gegenüber allen Medien, die mehr als nur autoritär-populistische Positionen sichtbar machen, wird Misstrauen geschürt. Sie gelten als Teil einer linksliberalen Verschwörung gegen das Volk, die das Ziel verfolge, diesem die von autoritär-populistischen Kräften vorgebrachten gefühlt objektiven ‘Wahrheiten’ vorzuenthalten. Das Bild weist – wie andere Diskursfragmente des autoritären Populismus – deutliche Parallelen zum deutschen Nationalsozialismus auf (‘jüdisch-bolschewistische Lügenpresse’). Bereits innerhalb der liberalen Demokratie bestehende Tendenzen einer „Flucht ins Autoritäre“, wie sie Daniel Mullis und Paul Zschocke in diesem Band beschreiben, werden dadurch systematisch verschärft. Alex Demirović (in diesem Band) sieht in entsprechenden Entwicklungen eine „metapolitische Strategie, die auf eine langfristige Veränderung in den Überzeugungen der Bevölkerung zielt und die Gedanken und Praktiken der modernen Aufklärung und Wissenschaft, der Demokratie und der Freiheit beseitigen will.“

Während im autoritären Populismus die eigene Position als Artikulation eines homogenen Volkswillens inszeniert wird, wird „abweichendes Verhalten nicht mehr als Kritik, sondern nur noch als Ketzerei, als moralische Verfehlung“ (Seeßlen 18.02.2016) gesehen. Das ‘wahre, unschuldige und natürliche Volk’ hat nur noch eine Stimme, die es repräsentiert: Die des jeweiligen autoritären Populisten. Nicht nur ein aufgeklärter Diskurs, in dem unterschiedliche Positionen deliberativ diskutiert werden, sondern auch die Aushandlung von Kompromissen wird dadurch weitgehend verunmöglicht. Axel Gehring rekonstruiert in diesem Band exemplarisch wie das islamistisch-autoritäre Staatsprojekt der AKP in der Türkei hegemonial wurde, indem die tragenden Akteur*innen, trotz Übernahme und Vertiefung der längst institutionalisierten neoliberalen Politiken, mit einem dissidenten Habitus gegen ‘das Establishment’ für sich beanspruchten das Volk kulturell-authen-

tisch zu repräsentieren. Entgegen ihrer Interessenpolitik im Sinne wirtschaftsliberal-konservativer Eliten, gerierte sich die AKP also rhetorisch als Vertreterin des verunsicherten und vermeintlich von außen sowie innen bedrohten türkischen Volkes.

Dass sich das Projekt des autoritären Populismus gegen Aufklärung richtet, wird in vielen Ländern auch in einer Hinwendung zu religiös-fundamentalistischen Diskursen und entsprechenden organisatorischen Strukturen sichtbar. Beispiele hierfür sind Verbindungen zwischen der PiS und christlichem Fundamentalismus in Polen. Katholischer Nationalismus, beschreibt Jennifer Ramme in ihrem Artikel, fungiert dort als vorherrschendes Modell eines ethnisch-religiös exklusiv definierten Volksbegriffs. Betül Yazar verweist in ihrem Artikel auf die Rolle des religiös legitimierten Anti-Feminismus in der Abwehr eines als bedrohlich imaginierten, modernen Westens in der Politik der AKP in der Türkei. Axel Gehring macht deutlich, dass die Politik der AKP auch auf der Diffamierung von Säkularismus als autoritäre Praxis eines von der Bevölkerung entfremdeten, anti-liberalen östlichen Staates beruht. Der Rückbezug auf eine natürliche oder gottgegebene Werteordnung geht mit klaren Feindbildkonstruktionen einher, die sich je nach nationalem Kontext unterscheiden (z.B. in Bezug auf Homosexualität). Die jeweilige Werteordnung gilt als durch gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse gefährdet, soll verteidigt und wiederhergestellt werden. Religiös-fundamentalistische Positionen überschneiden sich dabei teils mit völkischen Ideologien, wie zum Beispiel in Vorstellungen eines 'gesunden Volkskörpers' in Debatten um Abtreibung sichtbar wird.

Autoritärer Populismus geht mit einer autoritären Transformation des Staats einher

Nicht erst dort, wo autoritäre Populisten sich an Regierungen beteiligen oder diese übernehmen, sondern bereits dort, wo autoritärer Populismus öffentliche Aushandlungsprozesse prägt, lassen sich autoritäre Transformationen von Staatlichkeit beobachten. Die Rechte von Polizei und Militär werden ausgeweitet, bürgerliche Freiheiten und liberale Grundrechte eingeschränkt und die Gewaltenteilung in Frage gestellt. Während im Zuge des Eurokrisenmanagements bestehende formale Mechanismen der EU-Demokratie missachtet

und gebrochen wurden und sich seit einiger Zeit ein militarisiertes Grenzregime formiert (vgl. Oberndorfer 2017), „stehen im Bereich der Bürger*innenrechte insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (NSA), die Versammlungsfreiheit (Spanien), die Pressefreiheit (Ungarn) und das Streikrecht (BRD) unter Beschuss“ (Buckel 2017: 20).

Wie Carina Book in ihrem Beitrag beschreibt, entwickeln sich dabei enge Wechselwirkungen von autoritärer Politik in und aus den Staatsapparaten mit einer sich parlamentarisch und außerparlamentarisch formierenden Rechten. Ordnung und Sicherheit sowie die Konstruktion von Bedrohungen rücken, so zeigt Alke Jenss, ins Zentrum politischer Diskurse. Axel Gehring verweist auf Faschierungsprozesse im Anschluss an die Krise des vormals hegemonialen autoritären Populismus der AKP, die sich durch zunehmend dezisionistische, statt parlamentarische Formen der Ausübung von Regierungsmacht auszeichnen. Der anti-elitäre Diskurs des autoritären Populismus geht dabei in der Regel praktisch mit nepotistischen Elementen und/oder einer „Kolonisierung“ (Hirsch 1994: 182) von Staatsapparaten durch parteipolitische oder ökonomische Eliten einher (vgl. Ágh 2017: 21; Sadurski 2018: 45; Demirović 2018: 33). Plebiszite und Konsultationen haben eher eine legitimitätssichernde Funktion, als dass sie real einer demokratischen Entscheidungsfindung dienen (vgl. Enyedi 2016: 21).

Gegenhegemoniale Kräfte werden – wo möglich bereits im Entstehen – zerschlagen. Betül Yayar zeigt in ihrem Artikel auf, dass Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Staatsapparate zunehmend an die Spitze der Exekutive, insbesondere auf den Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan selbst, verschoben wurden. Axel Gehring zeichnet die Indienstnahme des Staates für das Projekt des autoritären Populismus nach, die sich in der Türkei insbesondere im Zuge der globalen Krise nach 2007/08 an der verstärkten Durchdringung der Staatsapparate durch die Regierungspartei(en) sowie dem Ausbau klientelistischer Netzwerke statt rechtlich verbriefteter Sozialpolitik zeigt. Das damit beschriebene Phänomen des *state capture* geht weit über Korruption hinaus. Als systematische Auflösung der zumindest formalen Trennung zwischen ökonomischer und politischer Macht kommt es einer Refeudalisierung der Politik gleich (vgl. Hirsch 2005).

In vielen Gesellschaften weltweit zeigt sich so ein Prozess der Erosion demokratischer Institutionen, insbesondere von Parlamenten,

die Ausschaltung einer effektiven Opposition, die Bündelung von Macht in Regierungshand und die nachlassende Bindung exekutiver Staatsapparate an allgemeingültige Gesetze. Staaten weisen zunehmend autoritäre Tendenzen in ihrer Konstitution und ihrem täglichen Vollzug auf (vgl. Pile/Fisahn 2017). Wie Joachim Hirsch erklärt, wird nicht „der Staat, [...], sondern die Demokratie [...] ausgehöhlt. Die Folge ist eine Tendenz zur autoritären Verselbstständigung der Staatsapparate“ (Hirsch 2005: 204) – sowie, dies wäre hinzuzufügen, eine autoritär-populistische Indienstnahme dieser Apparate durch entsprechende politische Kräfte. Der neue Autoritarismus, argumentiert Alex Demirović in diesem Band, ersetzt dabei nicht notwendig die bestehenden Institutionen, sondern „vereinigt mehrere Elemente des Norm- und Regelstaats ebenso wie des Ausnahmestaats.“

Autoritärer Populismus zielt auf die (Wieder-)Herstellung einer hierarchischen und von Diskriminierung geprägten Gesellschaft

Während sich große Teile der wissenschaftlichen Debatten um autoritären Populismus um dessen Artikulationsform drehen, geraten die Inhalte der autoritär-populistischen Mobilmachung teilweise aus dem Blick. Dabei ist der autoritäre Populismus in der Regel weniger durch seine Form (gegen das ‘Establishment’) als durch sein politisches Ziel motiviert: Die (Wieder-)Herstellung einer hierarchischen und von gesellschaftlich nicht sanktionierter Diskriminierung geprägten Gesellschaft entlang der Differenzachsen *race*, Klasse und Geschlecht, etwa über eine Re-Maskulinisierung von Politik, den Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten oder eine restriktivere Migrationspolitik (vgl. Benveniste et al. 2016: 9; Bozay 2017: 217; Kreisky/Löffler 2009: 86; Norocel 2016: 374).

Autoritärer Populismus, so zeigen die Beiträge von Jennifer Ramme, Betül Yarar und Ines Höckner in diesem Band, lässt sich nicht denken ohne die Abwehr von und den Angriff auf alle emanzipatorischen Errungenschaften in Bezug auf selbstbestimmte Sexualität, Geschlechtsidentität und die erreichte Erosion patriarchaler Denkmuster und Strukturen. Autoritärer Populismus befördert und legitimiert dabei auch nicht-staatliche Formen von Gewalt, wie etwa der offene Straßenterror gegen Homosexuelle in Brasilien seit der Regierungsübernahme von Jair Bolsonaro zeigt. Ein anderes

Beispiel sind drastische Mittelkürzungen der Regierung von FPÖ und ÖVP in Österreich für Frauenprojekte, die sich unter anderem für Gewaltschutz engagieren und rhetorische Angriffe auf Frauenhäuser durch Mitglieder der FPÖ.

Über eine repressive Migrationspolitik und die Normalisierung von Rassismus zielt der autoritäre Populismus darauf, globale soziale Ungleichheit, aber auch Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Länder abzusichern. In Brasilien geraten etwa die kleinen Verbesserungen der sozialen Situation armer und Schwarzer Bevölkerungsschichten durch affirmative action Programme, wie Sarah Lempp in ihrem Artikel analysiert, mit Bolsonaro unter Beschuss. Der offene Rassismus in der Rhetorik des Präsidenten und seines Militärkabinetts geht mit einer Zunahme von Gewaltverbrechen einher und wird sich sehr wahrscheinlich, den Ankündigungen im Wahlkampf entsprechend, auch in der Abschaffung von Quotenregelungen materiell niederschlagen.

Rassistische Politiken im Zuge der autoritär-populistischen Welle zielen auch anderswo auf die Garantie von Etablierten-Vorrechten und eine gewaltsame Negation der gesellschaftlichen Teilhabe derjenigen, die nicht als Teil der eigenen Kultur angesehen werden. Rassismus hält, wie Fatima El-Tayeb beschreibt,

„nicht nur Rassifizierte in einem ewigen Kreislauf ohne Ausweg gefangen [...], sondern [unterwirft] mehr noch die Mehrheitsgesellschaft einem pathologischen Wiederholungszwang [...]: Immer wieder wird die erste Begegnung mit dem Fremden ausagiert, immer wieder ein Kreislauf von Panik, Optimismus, Aggression und Ablehnung durchlaufen [...]“ (El-Tayeb 2016).

Die im autoritären Populismus dominante Vorstellung einer homogenen nationalen Kultur ignoriert, dass die meisten Gesellschaften längst durch diverse postmigrantische Verhältnisse geprägt sind (vgl. Hill/Yildiz 2018), bei denen es sich „um einen eigendynamischen, d.h. ohne Gewalt nicht mehr abbrechbaren, geschweige denn reversiblen Kultur- und Sozialprozess [handelt], der Strukturen und alltägliche Lebensfelder ständig verändert“ (Bade 2016: 42). Autoritärer Populismus ist demgegenüber durch „die zum kollektiven Leitbild erstarrte fiktive Erinnerung an eine vermeintlich kulturell homogene Gesellschaft [gekennzeichnet], die es [...] historisch nie gab“ (ebd.: 38f). Resultat dieses Auseinanderdriftens ist rassistische Gewalt (z.B. in Deutschland gegen Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünften), durch die der vermeintliche, nostalgisch besetzte, 'Urzustand' aktiv hergestellt werden und der 'große Austausch', durch

den man zu einer 'Minderheit im eigenen Land' werde, verhindert werden soll. Die Identität des 'Eigenen' gegenüber den 'Anderen' abzugrenzen ist dabei Teil einer Strategie der Herstellung von Zusammenhängen zwischen den einzelnen, zum Teil desartikulierten Bildern, Vorstellungen und unterschiedlichen Akzentsetzungen. In Europa werden so beispielsweise Religion und Kultur mit nationalen Identitäten gekoppelt und zugleich mit Bildern einer aufgeklärten 'westlichen' Welt verbunden, die gegen eine vormoderne 'restliche' Welt positioniert werden (vgl. Hall 1992). Solche Gegenüberstellungen rechtfertigen externalisierte Ausbeutungen und legitimieren politische und ökonomische Hierarchisierungen auf globaler und lokaler Ebene (vgl. Balibar 1990).

Dass autoritäre Populisten auch von sozialen Verwüstungen durch den Neoliberalismus profitieren, sollte nicht dazu verleiten, in ihnen eine anti-neoliberale Bewegung zu sehen. In der Regel ist autoritärer Populismus eher eine „Fortsetzung der neoliberalen Praktiken bürgerlicher Herrschaft“ (Demirović 2018: 30). Daniel Mullis und Paul Zschocke zeigen in ihrem Artikel, dass Menschen kaum noch gegen den Neoliberalismus aufbegehren, sondern sich abgefunden haben mit der eigenen Prekarität, jedoch fürchten auf einer Stufe zu landen wie noch marginalisiertere Bevölkerungsgruppen. Trotz autoritär-populistischer Lippenbekenntnisse etwas 'für die kleinen Leute' zu tun, sind es vor allem neoliberale Sozialkürzungsprogramme und Einschränkungen von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, die die Sozialpolitik autoritär-populistischer Regierungen prägen. So sind etwa, wie Joachim Becker in seinem Artikel argumentiert, die Unter- und Mittelschichten in Ungarn einer radikal neoliberalen Politik ausgesetzt. Anne Engelhardt skizziert in ihrem Beitrag, mit einem erweiterten Klassenbegriff, der auch die Sphäre sozialer Reproduktion miteinschließt, in Brasilien einen regelrechten Klassenkampf von oben infolge der Regierungsübernahme durch Jair Bolsonaro – verquickt mit staatlich-ausgeübter rassistischer und patriarchaler Gewalt. Dort wo Mechanismen sozialer Sicherung bestehen bleiben, werden sie teilweise de-universalisiert und zu klientelistischen Formen des Machterhalts genutzt. Einige Milieus des autoritären Populismus spitzen neoliberale Einstellungsmuster in Richtung eines apokalyptischen Fatalismus und radikalen Egoismus im Kampf um begrenzte globale Ressourcen zu. Diplomatie und Verständigung werden auch auf internationaler Ebene abgelehnt, an die Stelle multilateraler Abkommen tritt das Primat des jeweiligen

Nationalstaats. Ein Beispiel hierfür sind auch die von autoritären Populisten wie Donald Trump oder Jair Bolsonaro verfolgten klimapolitischen Strategien (z.B. Zerstörung des Regenwalds, Förderung fossiler Energien).

Hoffnungsmomente für liberale Demokratie und gesellschaftliche Emanzipation

Der Aufstieg des autoritären Populismus zeigt, dass liberale Demokratien, die jahrzehntelang als politisch relativ stabil galten, sich aufgrund ihrer unvollständigen Demokratisierung als anfällig für autoritäre Transformationen erweisen. Die instabilen Kompromisse, die sie charakterisieren, werden von autoritär-populistischen Akteur*innen aufgekündigt und durch Versuche einer autoritären Transformation von Staat und Gesellschaft unter Druck gesetzt. Durch die Diskursstrategien des autoritären Populismus gerät liberale Demokratie insgesamt in Gefahr, da ihre Legitimität untergraben wird und autoritäre Deutungsmuster liberale Formen der Konflikttaushandlung ersetzen. Autoritäre Staatsprojekte in Ländern, in denen autoritärer Populismus die politischen Debatten dominiert, und die Versuche der (Wieder-)Herstellung einer Gesellschaft, in der soziale Hierarchien und Diskriminierung als unhinterfragbare Norm gelten, verschieben gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, legitimieren extra-legale Formen der Gewalt. Liberale Demokratie als Herrschaftsformation, die das Erkämpfen von Konzessionen und tatsächlichen Rechtsfortschritten ermöglicht, aber von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogen bleibt, gerät dadurch unter Druck. Solange es einen Konsens gibt über die Normen der liberalen Demokratie, kann es zu Aushandlungsprozessen kommen, die wie eingangs beschrieben marginalisierten sozialen Gruppen zugutekommen. Auch in den kapitalistischen Zentren scheint dieser Konsens – der stets prekär und unvollständig war – jedoch gegenwärtig im Zuge der konservativen Mobilmachung des autoritären Populismus partiell zu erodieren.

Die letzten Jahre verdeutlichen jedoch auch, dass es autoritärem Populismus trotz repressiver Strategien nur in begrenztem Maße gelingt, die von ihm dominierten Gesellschaften zu kontrollieren und eine ausreichende Zustimmung für politische Projekte zu generieren. Beispiel hierfür sind die Abwahl des Kandidaten der

AKP in Istanbul, die immer wieder aufbrechenden Proteste gegen die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn oder die erfolgreiche Bewegung gegen die Reform der Abtreibungsgesetzgebung in Polen. Die Legitimationsgrundlage autoritär-populistischer Akteur*innen, das homogene Interesse des Volks zu repräsentieren, bleibt dadurch brüchig. Vor allem in metropolitanen Kontexten scheint sich vielerorts ein progressiver Liberalismus durchgesetzt zu haben, der sich als relativ immun gegenüber autoritär-populistischen Positionen erweist und immer wieder zum Ausgangspunkt von Widerstand wird (z.B. #unteilbar, #wirsindmehr oder Seebrücke in Deutschland). Historische Beispiele wie der Franquismus in Spanien zeigen, dass konservative Regime zwar langfristig Staat und Gesellschaft autoritär unterwerfen können, aber – durch ihre verhärteten Apparate – immer auch Bruchlinien und innere Widersprüche des Blocks an der Macht aufweisen, die von emanzipatorischen Akteur*innen genutzt werden können (vgl. Huke 2017). Die konservative Mobilmachung gegen liberale Demokratie könnte damit mittel- bis langfristig durchaus mit einer Niederlage des autoritären Transformationsprojekts zu Ende gehen. Kurzfristig besteht hingegen – vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen liberaler Demokratie – in einigen Ländern derzeit nur eine begrenzte Hoffnung darauf, dass liberal-demokratische Institutionen von sich aus in der Lage sein werden, ihre Spielregeln und fragilen Kompromisse erfolgreich gegen autoritäre Transformationen zu verteidigen.

Literatur

- Ágh, Attila (2017): Increasing Europopulism as a megatrend in east central Europe: From facade democracies to velvet dictatorships. In: *Baltic Journal of Political Science* 5 (5), 21.
- Amadeu Antonio Stiftung (2017): Toxische Narrative. Monitoring rechtsalternativer Akteure. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf>, 30.1.2018.
- Bade, Klaus (2016): Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations und Asyldebatte. In: *IMIS (Hrsg.): 25 Jahre IMIS. Jubiläumsveranstaltung am 29. Mai 2015.* Osnabrück: IMIS, 35-171.
- Balibar, Étienne (1990): Gibt es einen 'Neo-Rassismus'? In: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hrsg.): *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten.* Hamburg/Berlin: Argument, 23-38.

- Bauman, Zygmunt (2018): Between separation and integration. Strategies of cohabitation in the era of diasporization and Internet. In: *Popular Communication* 16 (1), 1-3.
- Benveniste, Annie/Campani, Giovanna/Lazaridis, Gabriella (2016): Introduction. In: Gabriella Lazaridis/Giovanna Campani/Annie Benveniste/Michael Shmith (Hrsg.): *The Rise of the Far Right in Europe. Populist Shifts and 'Othering'*. London: Palgrave Macmillan UK, 1-24.
- Bettarini, Umberto/Capelli, Alessandro/Schmid, Davide (2013): The new Italian populism. Social exclusion, technocratic rhetoric and the new 'social' movements. In: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hrsg.): *Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa*. Münster: edition assemblage, 164-174.
- Bozay, Kemal (2017): Ethnisch-nationale Homogenitätsvorstellungen, Ethnozentrismus und Migrationsdiskurse im transnationalen Raum. In: Karim Fereidooni/Meral El (Hrsg.): *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: Springer VS, 213-228.
- Brown, Wendy (2003): Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy. In: *Theory & Event* 7 (1).
- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute. In: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hrsg.) *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 19-41.
- Bugaric, Bojan/Kuhelj, Alenka (2018): Varieties of Populism in Europe: Is the Rule of Law in Danger? In: *Hague Journal on the Rule of Law* 10 (1), 21-33.
- Butler, Judith/Hark, Sabine (02.08.2017): Die Verleumdung. In: *Süddeutsche Zeitung*, 02.08.2017.
- Cohen, Stanley (1980): *Folk devils and moral panics: The creation of the mods and rockers*. Oxford: Martin Robertson.
- Decker, Frank (2016): The "Alternative for Germany:" Factors Behind its Emergence and Profile of a New Right-wing Populist Party. In: *German Politics and Society* 34 (2), 1-16.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA* 48 (190), 27-42.
- Dörre, Klaus (2018): Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft. Neun Thesen aus dem PKJ. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung* 29 (116), 40-50.
- Dubiel, Helmut (1986a): Das Gespenst des Populismus. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 33-50.
- (1986b): Vorwort. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 7-11.
- El-Tayeb, Fatima (2016): *Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

- Enyedi, Zsolt (2016): Paternalist populism and illiberal elitism in Central Europe. In: *Journal of Political Ideologies* 21 (1), 9-25.
- Fitzgerald, Ian/Smoczynski, Rafal (2015): Anti-Polish Migrant Moral Panic in the UK. A Response. In: *Czech Sociological Review* 51 (3), 380.
- Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin/Dörfel, Robinson (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Simon Goebel/Thomas Fischer/Friedrich Kießling/Angela Treiber (Hrsg.): *Flucht, Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 111-140.
- Gramsci, Antonio (1986): Methodische Konzepte zum Kulturbegriff. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 51-73.
- Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Helmut Dubiel (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 84-105.
- (1992): *The West and the Rest: Discourse and Power*. In: Stuart Hall/Bram Gieben (Hrsg.): *Formations of Modernity*. Cambridge: Polity Press, 275-332.
- (2014): *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*. In der Reihe: *Ausgewählte Schriften*, Stuart Hall; 5. Hamburg.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian (2002): *Policing the crisis. Mugging, the state, and law and order*. London: Macmillan.
- Häusler, Alexander (2018): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: Alexander Häusler (Hrsg.): *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*. Hamburg: VSA Verlag, 9-20.
- Herkman, Juha (2017): Articulations of populism: the Nordic case. In: *Cultural Studies* 31 (4), 470-488.
- Hill, Marc/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2018): *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Josef Esser/Christoph Görg/Joachim Hirsch (Hrsg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg: VSA-Verlag, 157-212.
- (2005): *Materialistische Staatstheorie*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Huber, Robert A./Schimpf, Christian H. (2017): On the Distinct Effects of Left-Wing and Right-Wing Populism on Democratic Quality. In: *Politics and Governance* 5 (4), 146.
- Huke, Nikolai (2017): „Sie repräsentieren uns nicht.“ Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- (2018): Feindbild Identitätspolitik und konservativer Rollback. Moralpaniken, Volksempfinden und political correctness. In: *Politikum* 4 (4), 14-21.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. <http://ssrn.com/abstract=2818659>, 29.08.2019.
- Ivaldi, Gilles (2019): Populism in France. In: Daniel Stockemer (Hrsg.): *Populism Around the World*. Cham: Springer International Publishing, 27-47.
- Jylhä, Kirsti M./Rydgren, Jens/Strimling, Pontus (2019): Radical right-wing voters from right and left: Comparing Sweden Democrat voters who previously voted for the Conservative Party or the Social Democratic Party. In: *Scandinavian Political Studies* 96 (5), online first.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira/Taggart, Paul (2016): Dealing with populists in government: a framework for analysis. In: *Democratization* 23 (2), 201-220.
- Katsambekis, Giorgos/Stavrakakis, Yannis (2013): Populism, anti-populism and European democracy: a view from the South. <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/populism-anti-populism-and-european-democr/>.
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009): Maskulinismus und Staat: Beharrung und Veränderung. In: Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hrsg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos, 75-88.
- Laclau, Ernesto (2005): Populism: What's in a Name? In: Francisco Panizza (Hrsg.): *Populism and the mirror of democracy*. London: Verso, 32-49.
- McRobbie, Angela/Thornton, Sarah L. (1995): Rethinking 'Moral Panic' for Multi-Mediated Social Worlds. In: *The British Journal of Sociology* 46 (4), 559-574.
- Mudde, Cas (2013): Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what? In: *European Journal of Political Research* 52 (1), 1-19.
- (2015): Populist Radical Right Parties in Europe Today. In: John Abromeit/York Norman/Gary Marotta/Bridget Maria Chesterton (Hrsg.): *Transformations of Populism in Europe and the Americas: History and Recent Tendencies*. Bloomsbury Academic, 295-307.
- Nilsson, Bo/Lundgren, Anna Sofia (2019): Morality of Discontent: The Constitution of Political Establishment in the Swedish Rural Press. In: *Sociologia Ruralis* 59 (2), 314-328.
- Norocel, Ov Cristian (2016): Populist radical right protectors of the folkhem: Welfare chauvinism in Sweden. In: *Critical Social Policy* 36 (3), 371-390.

- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oberndorfer, Lukas (2017): Autoritärer Konsens – von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime? In: Book, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf (Hrsg.) *Alltägliche Grenzziehungen – Das Konzept der „imperialen Lebensweise“, Externalisierung und exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 44-72.
- Pajnik, Mojca/Sauer, Birgit (2018): Populism and the web: an introduction to the book. In: Mojca Pajnik/Birgit Sauer (Hrsg.): *Populism and the Web. Communicative practices of parties and movements in Europe*. London/New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group, 1-13.
- Perthus, Sophie/Belina, Bernd (2017): Policing the Crisis in Bautzen. In: *Soziale Probleme* 28 (2), 241-259.
- Pile, Kadriye/Fisahn, Andreas (2018): Sicherheitsstaat und neue Formen des Autoritären (Staates) in Europa? In: Puschke, Jens/Singelstein, Tobias (Hrsg.): *Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 33-54.
- Puhle, Hans-Jürgen (1986): Was ist Populismus? In: Helmut Dubiel (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 12-32.
- Sadurski, Wojciech (2018): How Democracy Dies (in Poland): A Case Study of Anti-Constitutional Populist Backsliding. <http://ssrn.com/abstract=3103491>, 30.08.2019.
- Salmela, Mikko/Scheve, Christian von (2017): Emotional roots of right-wing political populism. In: *Social Science Information* 56 (4), 567-595.
- Salzborn, Samuel (2015): Schmitt, Rousseau und das Paradox des Volkswillens. In: Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Legalität ohne Legitimität?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, 53-75.
- (2017): *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Sauer, Birgit/Krasteva, Anna/Saarinen, Aino (2018): Post-democracy, party politics and right-wing populist communication. In: Mojca Pajnik/Birgit Sauer (Hrsg.): *Populism and the Web. Communicative practices of parties and movements in Europe*. London/New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group, 14-35.
- Seeßlen, Georg (18.02.2016): Gefühlte Wirklichkeiten. In: *Jungle World*, 18.02.2016.
- Skolkay, Andrej (2000): Populism in Central Eastern Europe. <https://www.iwm.at/wp-content/uploads/jc-09-11.pdf>, 09.09.2019.
- Vasilopoulos, Pavlos/Lachat, Romain (2018): Authoritarianism and political choice in France. In: *Acta Politica* 53 (4), 612-634.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London: Sage Publications.

– (2017): “Right-wing populist parties endorse what can be recognised as the ‘arrogance of ignorance’”. <https://www.cairn.info/revue-mots-2017-3-page-165.htm>, 02.10.2019.

Ylä-Anttila, Tuukka (2017): *The Populist Toolkit. Finnish Populism in Action 2007–2016*. <https://helda.helsinki.fi/bitstream/handle/10138/224199/ThePopul.pdf>, 29.08.2019.